



TOP-THEMA

POLITIK & RECHT

HANDEL &

MARKT

TECHNIK

UNTERNEHMEN

★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★

STROM

GAS

ZAHL DES TAGES



85,05 €/MWh

Epex Spot DE-LU Day Base



30,61 €/MWh

EEX Spot THE (End of Day)

30.000

Tonnen CO2-Einsparung ermöglicht der Energiedienstleister Geotec der Technischen Universität München mithilfe eines neuen Wärmekonzeptes für den Forschungscampus Garching.

Inhalt

TOP-THEMA

→ **RECHT:** Bittere Pille für Aalens Versorger im Millionenstreit

POLITIK & RECHT

- **VERANSTALTUNG:** Bioenergiebranche sucht Klarheit
- **STROMSPEICHER:** Großspeicher gerecht und systemdienlich ans Netz bringen
- **POLITIK:** Wenig Anreiz zur Flexibilität
- **ELEKTROFAHRZEUGE:** Bund plant längere E-Auto-Steuerbefreiung
- **REGENERATIVE:** BEE verwahrt sich gegen Spitznamen „Gas-Kathi“
- **LNG-TERMINAL:** Betrieb ohne Landstrom beschäftigt Gericht

HANDEL & MARKT

- **STROMSPEICHER:** Deutsch-schwedische Kooperation will Flexibilitätspotenzial von Speichern heben
- **ELEKTROFAHRZEUGE:** Stadtwerke Duisburg und Enercity punkten bei Ladesäulen
- **MOBILITÄT:** Sefe veräußert sein Tankstellennetz
- **WÄRME:** Gesamtabsatz in der Heizungsindustrie geht zurück
- **STATISTIK DES TAGES:** Deutscher Import von LNG auf Tagesbasis

TECHNIK

- **WASSERSTOFF:** Neues Suchtool erleichtert H2-Qualifizierung
- **WÄRME:** TU München nutzt Abwärme aus Rechenzentrum

UNTERNEHMEN

- **PHOTOVOLTAIK:** PV-Stromerzeugung und Denkmalschutz im Einklang
 - **FINANZIERUNG:** Beteiligung an Würzburger Energieprojekten möglich
 - **WIRTSCHAFT:** Amprion-Deal von RWE in trockenen Tüchern
 - **STROMNETZ:** Mitnetz bekommt viele Anfragen für Datacenter
 - **STROMNETZ:** Bayernwerk-Leitung hat nach 85 Jahren ausgedient
-

MARKTBERICHE

- **MARHTKOMMENTAR:** Schwache Gaspreise drück die Notierungen für Strom
-

SERVICE

- **ENERGIEDATEN**
- **STELLENANZEIGEN**
- **REDAKTION**
- **IMPRESSUM**

★ TOP-THEMA

Bittere Pille für Aalens Versorger im Millionenstreit



Quelle: Shutterstock

RECHT. Millionenverluste im Jahr 2024 – und nun drohen teure Nachzahlungen: Die Stadtwerke Aalen haben zum Auftakt der Prozesse um jüngst gekündigte Führungskräfte eine Pleite erlebt.

Der Auftakt in der Prozessserie um die seit Dezember 2024 entlassenen Führungskräfte hätte für die Stadtwerke Aalen schlechter kaum laufen können. Das Arbeitsgericht Stuttgart hat am 26. November den Rauswurf des kaufmännischen Leiters für unrechtmäßig erklärt, teilte eine Sprecherin des Gerichts auf Anfrage dieser Redaktion mit.

Gegen das schriftlich noch nicht vorliegende Urteil kann der Versorger von der Ostalb Berufung einlegen. Diese würde das Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg verhandeln. Bis auf Weiteres sind zwei unterschiedlich begründete Kündigungen aus dem Februar und Juni 2025 gegen den Prokuristen mit dem Spruch der 13. Kammer des Arbeitsgerichts nichtig.

Damit waren die Vorzeichen für das nächste Verfahren also nicht gut. Wie es der Zufall wollte, war gleich am folgenden Tag, dem 27. November, Verhandlungstermin am Landgericht Ellwangen. Wiederum ging es um die Dezember-Ereignisse, hier wehrt Ex-Geschäftsführer Christoph Trautmann sich gegen seine Kündigung.

Ex-Geschäftsführer und Versorger streben Vergleich an

In Ellwangen gab es kein Urteil. Hier verständigten der Gekündigte und der Versorger sich am 27. November im Gütetermin auf den Versuch, einen Vergleich zu schließen. Der zuständige Richter gab den Parteien dafür bis Ende März 2026 Zeit. Das bedeutet nicht, dass die Streitenden diesen Rahmen auch ausschöpfen werden.

Es sind zwei unterschiedliche Gerichte mit den Fällen befasst, weil Geschäftsführer durch ihre herausgehobene Position nicht als Arbeitnehmer im eigentlichen Sinne gelten und ihre arbeitsrechtlichen Fälle damit bei der Zivilkammer des Landgerichts landen. Die Umstände allerdings sind für beide Entlassungen im Kern gleich. Die Stadtwerke Aalen suchten Ende des vergangenen Jahres nach Gründen für ein unerklärliches Minus von rund 17 Millionen Euro. Und sie fanden den vermeintlich Schuldigen zunächst im damaligen Geschäftsführer (wir berichteten).

Letztlich warf der Aufsichtsrat ihm – und in der Folge dem kaufmännischen Leiter – diverse Managementfehler vor. Darunter eine Kostenexplosion durch fehlerhafte, also zu teure Beschaffung und auch eine falsche Information des Kontrollgremiums. Noch im November 2024 hätten die operativ Verantwortlichen viel positivere Ergebnisprognosen abgegeben, so die Darstellung des Versorgers.

Die Stadtwerke Aalen setzten Trautmann am 13. Dezember vor die Tür und präsentierten seinen Nachfolger Michael Schäfer direkt am Tag darauf. Im eingeleiteten Konsolidierungsprozess legte der Versorger zuletzt wieder schwarze Zahlen vor. Der Blick zurück schmerzt gleichwohl alle Parteien, denn es geht in den Verfahren um viel Geld.

Jede Seite macht sich Hoffnungen auf Schadenersatz

Die eine Seite will entgangene Gehälter einklagen, so hätte Christoph Trautmanns Vertrag noch bis ins Jahr 2029 gegolten. Er zweifelt nicht nur die Rechtmäßigkeit der außerordentlichen Entlassung an, sondern führt auch Rufschädigung durch das Verhalten des früheren Arbeitgebers an. Hier gab Anfang des Jahres ein vorläufig angesetzter Streitwert einen Hinweis auf das mögliche Volumen: 800.000 Euro waren es damals. Diesen Betrag hat der Ex-Geschäftsführer nun auf 640.000 Euro korrigiert.

Die andere Seite beziffert den Schaden weitaus höher. Mindestens 4,4 Millionen Euro wollen die Stadtwerke beim Geschäftsführer eintreiben, vorbehaltlich weiterer noch nicht kalkulierter Verluste. Zu diesem Zweck reichten sie im Mai Widerklage ein. Dabei handelt es sich um ein juristisches Instrument, das es Gerichten erlaubt, zwei Klagen derselben Angelegenheit in einem Fall zu verhandeln.

Gegen den in der ersten Instanz erfolgreichen Ex-Prokuristen scheiterten die Stadtwerke bereits mit ihrer Widerklage. Hier setzte das Arbeitsgericht den Streitwert auf gut 1 Million Euro fest, ein hoher Preis für die ausgesprochene Kündigung. Ob der Versorger gegen das erste Urteil vorgeht und die zweite Instanz anruft, ist offen. Ein Sprecher der Stadtwerke erklärte auf Anfrage, dass das Unternehmen sich zu laufenden Verfahren nicht äußern wolle.

Ein Sprecher des Landgerichts erklärte auf Anfrage dieser Redaktion, dass das Stuttgarter Urteil nicht unbedingt eine Rolle für den wesensgleichen Prozess in Ellwangen spielen müsse. Anwälte könnten natürlich die Akten des anderen Falles anfordern und das „eigene“ Gericht um Einsichtnahme bitten. Diesem Ansinnen kann eine Kammer folgen, muss das aber nicht unbedingt. So sind auch völlig unterschiedliche Urteile denkbar, sofern das Landgericht nach Ablauf der Frist für einen Vergleich überhaupt eine Entscheidung fällen muss. // VON VOLKER STEPHAN

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG

FEBRUARY 10 – 12, 2026
ESSEN | GERMANY



UNITE + CONNECT

**THE PLACE
TO BE
IN ENERGY**

POLITIK & RECHT



Quelle: BBE

Bioenergiebranche sucht Klarheit

VERANSTALTUNG. Beim Parlamentarischen Abend des Bundesverbandes Bioenergie diskutierten Politik und Branche über künftige Regeln für Biomasse, Strom und Wärme und forderten verlässliche Perspektiven.

Zum Auftakt eines Parlamentarischen Abends am 26. November in Berlin erklärte die Vorstandsvorsitzende des Bundesverbandes Bioenergie (BBE), Marlene Mortler, die Branche übernehme bereits viel Verantwortung im Strom- und Wärmebereich sowie für Biokraftstoffe. Laut dem Verband stammen 43 Prozent der erneuerbaren Energien aus Biomasse, die auch in Zeiten ohne Wind und Sonne stabil einspeise. Sie verwies jedoch auf die Ungewissheit der Branche, die durch das Auslaufen bestehender Förderungen im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) entstehe.

Mortler sprach sich für ein Bioenergiegesetz 2.0 aus, das Verfahren vereinfacht und Potenziale stärker nutzt. Auch Biokraftstoffe könnten mehr beitragen, sagte sie, allerdings fehle Rechtssicherheit. Der Schutz vor gefälschten Zertifikaten müsse endlich greifen. Für das Bundeswirtschaftsministerium (BMWE) sagte Christian Schmidt, man erkenne die Bedeutung der Bioenergie an und habe dafür ein eigenes Referat geschaffen. Der Abteilungsleiter im Ministerium erläuterte, die Bundesregierung wolle mehr Flexibilität und eine verstärkte Nutzung von Reststoffen in bestehenden Anlagen.

Er erinnerte daran, dass er das Biogaspaket der vergangenen Legislaturperiode kürzlich bei der EU-Kommission in Brüssel durchsetzen konnte, bevor frühere Regelungen endeten. Laut Schmidt bleibt das Ziel bestehen, 80 Prozent des Stroms bis 2030 aus Erneuerbaren zu erzeugen. Bioenergie habe darin einen festen Platz, müsse sich aber flexibel in das Stromsystem einfügen und solle künftig im Kapazitätsmarkt berücksichtigt werden. Im Wärmemarkt strebe die Bundesregierung bis 2030 einen Anteil von 30 Prozent erneuerbarer Energien an, wozu auch Biomasse beitragen könne. Außerdem sei das Privileg zur Biomethaneinspeisung im Bundestag bis 2027 verlängert worden.

Diskussion mit Parlamentariern

In der Gesprächsrunde diskutierten Vertreter des Bundestages mit Branchenvertretern. Der Präsident des Fachverbandes Biogas, Horst Seide, forderte, Bioenergie in das Kraftwerkssicherungsgesetz (KWSG) aufzunehmen. Nach seiner Darstellung könne die Branche schnell und zu vertretbaren Kosten liefern, da

ihre Energieträger regional verfügbar seien. Er begrüßte die Verlängerung des Biomassepakets, kritisierte jedoch die kurze Übergangsfrist von einem Jahr.

Schmidt erklärte, die Kraftwerksausschreibungen sollten technologieoffen erfolgen und der Kapazitätsmarkt ab 2027 auch Bioenergie einbeziehen. Wegen höherer Erzeugungskosten könne die Technologie jedoch in Ausschreibungen ins Hintertreffen geraten, weshalb im EEG eine weiterlaufende Förderung vorgesehen sei. Eine doppelte Förderung könne es aber nicht geben.

Der Bundestagsabgeordnete Andreas Lenz (CDU) plädierte für einfache Regeln, speziell für kleinere Anlagen. Wärmekonzepte solle man stärker berücksichtigen. Er sagte, Betreiber könnten ihre Anlagen anpassen und flexibilisieren, und diese Entwicklung müsse der Gesetzgeber unterstützen. Im Strombereich seien Erdgaskraftwerke nur zur Versorgungssicherung geplant, nicht als Ersatz für Bioenergie, versicherte er.



Diskussionsrunde (v.li.): Christian Schmidt (BMWE), Andreas Lenz (MdB CDU), Jörg Cezanne (MdB Linke) Horst Seide (FV Biogas), Lisa Badum (MdB Grüne)

Quelle: Susanne Harmsen

Gebäudeenergiegesetz (GEG) schnell klären

Lisa Badum (Grüne) wies auf fortbestehende Verunsicherung in der Branche hin, obwohl das Biomassepaket vom BMWK vorbereitet und fraktionsübergreifend beschlossen wurde. Sie appellierte an alle erneuerbaren Energien, gemeinsam aufzutreten, um Versuchen entgegenzutreten, fossile Energieträger wie Erdgas wieder stärker einzusetzen. Die Heizungsbranche und die kommunale Wärmeplanung hätten sich bereits umgestellt und keine Änderungen am GEG seien überflüssig, sagte Badum.

Lenz versicherte, das Ziel von 65 Prozent erneuerbarer Energien im GEG bleibe bestehen. Das Gesetz solle alle Technologien ermöglichen, auch Holzheizungen. Jörg Cezanne (Die Linke) kritisierte den Umgang der CDU/CSU mit dem Gesetz. Er sagte, die ablehnende Haltung in der vergangenen Legislatur habe die Energiewende zurückgeworfen.

Mehr Holz verheizen

Anschließend kommentierten Branchenvertreter die Lage. Stephan Arens, Geschäftsführer der Union zur Förderung von Oel- und Proteinpflanzen (Berlin), lobte, dass im Landwirtschaftshaushalt Gelder für die Umstellung auf Biokraftstoffe vorgesehen seien. Anbaubiomasse könne aber deutlich mehr leisten. Er verwies darauf, dass 2024 rund 1,6 Millionen Tonnen ins Ausland exportiert worden seien, weil diese Mengen nicht auf die THG-Quote angerechnet würden. Das Gesetz müsse überarbeitet und die THG-Quote in Land- und Forstwirtschaft deutlich erhöht werden. // VON SUSANNE HARMSEN

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG



Das Upgrade für Ihre Biogasanlage!

Biogasaufbereitung & CO₂-Verflüssigung

- ✓ CO₂-Verflüssigung: Nachrüstbar bei allen Biomethanbestandsanlagen
- ✓ Standardisiert & modular
- ✓ Über 20 Jahre Erfahrung

www.bright-renewables.de

BIOGAS Convention & Trade Fair 2025: Nürnberg, 9. Bis 11. Dezember am Stand B82, Halle 09

Großspeicher gerecht und systemdienlich ans Netz bringen



Quelle: Shutterstock / Nutthapat Matphongtavorn

STROMSPEICHER. Es drängen so viele neue Großspeicher auf den Markt, dass das Netz nicht hinterherkommt. Der BDEW fordert angesichts der Überzeichnung klare Regeln und einen systemdienlichen Zubau.

Netzanschlüsse sind der Flaschenhals, durch den die Energiewende sich bis auf Weiteres zwängen muss. Neben Erneuerbaren-Erzeugungsanlagen wollen auch immer mehr Großspeicher ihren Platz im System finden. Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) fordert angesichts immenser Anfragen mehr Gerechtigkeit bei den Netzanschlüssen.

Den Run auf einen Zugang zum Leitungsverbund hat der BDEW mit einer Umfrage überprüft. Antworten hat er von den Übertragungs- und 17 großen Verteilnetzbetreibern bekommen, die für den Betrieb von etwa der Hälfte des Stromnetzes in Deutschland zuständig sind.

Die Ergebnisse zeigen, wie weit Wunsch und Wirklichkeit auseinander liegen. Demnach drängen Großspeicherbatterien mit einer Leistung von mehr als 720.000 MW ins Netz, eine Anschlusszusage hätten derzeit Speicher mit 78.000 MW vorliegen. BDEW-Chefin Kerstin Andreae fordert angesichts der Anschlussbegehrungen „neue Regeln“. Neben Großspeichern müssten auch andere Netzkunden zum Zuge kommen.

Die Vorhersagen für 2037 und 2045 längst Makulatur

Die Anfragen von über 720.000 MW setzt der Lobbyverband ins Bild. Die Menge übersteigt die Leistung der heute ins Netz einspeisenden Öko- und fossilen Kraftwerke (263.000 MW) um 250 Prozent.

Die Jahreshöchstlast der Übertragungsnetze liegt bei etwa 80.000 MW und damit neunmal niedriger als die angefragte Leistung. Und schon heute übertrüfen die Zusagen für Speicher die beiden für 2037 und 2045 entwickelten Szenarien des Netzentwicklungsplans Strom (NEP). Kerstin Andreae möchte ihre Kritik an dem Boom bei Großspeichern nicht falsch verstanden wissen. Sie seien ein unverzichtbarer Bestandteil eines modernen Energiesystems, weil sie Last- und Erzeugungsspitzen glätten, die Effizienz steigern und

die Versorgungssicherheit erhöhen könnten. „Aber sie müssen sich in das Gesamtsystem einfügen“, so Andreae laut einer Verbandsmitteilung.

Der Verband präsentiert der Bundesregierung direkt Vorschläge für eine neue Regulatorik. Er fordert

- eine zügige Anpassung der Kraftwerksnetzanschlussverordnung (KraftNAV), von der Großbatteriespeicher ab 100 MW künftig auszunehmen seien,
- das Verbleiben von Pumpspeicherkraftwerken im Regelungsrahmen der KraftNAV,
- transparente Netzanschlussverfahren, um das Windhundprinzip bei der Vergabe zu überwinden,
- volkswirtschaftliche Kriterien für die Vergabe bei knappem Angebot sowie
- mehr Möglichkeiten der Überbauung, für flexible Netzanschlussvereinbarungen oder Reservierungsverfahren.

Zur Unterstützung will der BDEW einen „ausgewogenen Instrumentenmix“ in die politische Beratung einbringen, an dem er aktuell arbeite. Die Vorschläge sollen „einen volkswirtschaftlich sinnvollen Umgang mit Netzrestriktionen und gleichzeitig den erwünschten Hochlauf neuer Technologien“ ermöglichen.

// VON VOLKER STEPHAN

[^ Zum Inhalt](#)

Wenig Anreiz zur Flexibilität



Quelle: Pixabay / NakNakNak / E&M

POLITIK. Unser Brüsseler Korrespondent Tom Weingärtner kommentiert in seiner Kolumne „Inside EU Energie“ energiepolitische Themen aus dem EU-Parlament, der EU-Kommission und den Verbänden.

Private Haushalte könnten von der Flexibilisierung ihres Stromverbrauchs profitieren. Es fehlen jedoch meistens die Voraussetzungen. Das geht aus dem jüngsten Bericht der europäischen Regulierungsbehörde „ACER“ über die Entwicklung des Stromeinzelhandels hervor. Haushalte mit einem Jahresverbrauch von 3 000 kWh können nach den Schätzungen der Regulierer rund 200 Euro pro Jahr (etwa 20 Prozent der Stromrechnung) sparen, wenn sie bereit sind, ihren Verbrauch in Zeiten eines knappen Angebotes einzuschränken.

Allerdings sei die Neigung privater Verbraucher, Verträge mit dynamischen Tarifen abzuschließen, gering – auch in den Ländern, die ausreichend mit Smart-Metern ausgestattet seien. Es fehle zum einen an regulatorischen Anreizen für die Verteilernetzbetreiber, solche Lösungen anzubieten. Zum anderen würden dynamische Tarife von den meisten Vergleichsportalen nicht berücksichtigt.

Das wichtigste Hindernis für die Flexibilisierung des privaten Verbrauchs sei weiter die unzureichende Ausstattung mit Smart-Metern vor allem in Deutschland, aber auch in Osteuropa. Während in den skandinavischen Ländern, in Österreich, Frankreich, Italien und auf der iberischen Halbinsel mehr als 80 Prozent der Haushalte über intelligente Messsysteme verfügten, seien es in Osteuropa weniger als 30 Prozent und in Deutschland sogar weniger als 10 Prozent. Verzerrt würden die Preissignale für die privaten Haushalte außerdem durch Steuern, Gebühren und die Netzentgelte sowie mangelnden Wettbewerb.



Tom Weingärtner

Quelle: E&M

Auch wenn die bestehenden Hürden überwunden würden, sollte man nicht erwarten, dass alle Haushalte von der Möglichkeit dynamischer Tarife Gebrauch machen, heißt es in dem Bericht weiter: „Nicht alle Haushalte können oder wollen ihre Nachfrage aktiv steuern.“ Bei sozial schwachen Verbrauchern sollte der Schutz vor schwankenden Preisen im Vordergrund stehen. Der Verbraucherschutz sollte allerdings gezielt und begrenzt eingesetzt werden, damit das Flexibilitätspotenzial der Verbraucher, die in der Lage seien, auf Preissignale zu reagieren, mobilisiert und genutzt werden könne.

Hohes Flexibilisierungspotenzial vorhanden

Acer erwartet, dass die Möglichkeiten der privaten Haushalte, ihren Verbrauch zu steuern, in den nächsten Jahren zunehmen wird. Bislang entfällt nur gut ein Viertel ihres Verbrauchs auf Elektrizität. Mit dem Vordringen der Elektromobilität und der Wärmepumpe werde dieser Anteil aber deutlich ansteigen. Der Wärmebedarf (Heizung und Warmwasser) verbraucht im europäischen Durchschnitt drei Viertel der Energie in den privaten Haushalten. Insgesamt belief sich deren Energieverbrauch 2023 auf 2.667 TWh. Das waren gut 40 Prozent des gesamten Energieverbrauchs.

Die wachsende PV-Eigenproduktion stelle ein weiteres Flexibilitätspotenzial dar. Diese Möglichkeiten würden die privaten Haushalte nach Ansicht der Regulierer aber nur nutzen, „wenn sie von der Anpassung oder Verschiebung ihres Verbrauchs profitieren“.

Und der Bedarf dafür wird nach der Prognose der Regulierer immer größer. Der Vormarsch der Stromerzeugung aus Wind und Sonne führe zu immer größeren Schwankungen in der Erzeugung. Im vergangenen Jahr wurden noch fast drei Viertel des Stroms in der EU durch fossile Kraftwerke, Atomkraftwerke und „steuerbare Erneuerbare“ bereitgestellt.

Bis 2030 wird dieser Anteil voraussichtlich auf etwa die Hälfte zurückgehen, Tendenz: weiter sinkend. In diesem Jahr beziffert Acer den „täglichen Flexibilitätsbedarf“ auf 222 TWh/Jahr. Bis 2028 erwarten die Regulierer einen Anstieg auf 328 TWh/Jahr und 2030 sogar 426 TWh/Jahr.

Abends kein Anreiz zum Energiesparen

Bislang werde diese Flexibilität fast ausschließlich von fossilen Kraftwerken bereitgestellt. Sie kämen zum Einsatz, wenn es eng werde auf dem Markt für Elektrizität und setzten dann den Preis. Die schwankende Erzeugung aus Wind und Sonne führe mittags zu sinkenden, oft auch negativen Preisen. Davon könnten die privaten Haushalte mit festen Preisen nicht profitieren. Abends bestehe kein Anreiz, Energie zu sparen, was die Preise treibe. Tarife, die Preissignale außer Kraft setzten, seien in der EU die Regel und in manchen Ländern sogar regulatorisch vorgeschrieben.

Die meisten privaten Haushalte beteiligten sich nicht aktiv an der Energiewende, da sie sich ihrer Möglichkeiten nicht bewusst seien. Ein großer Teil derjenigen, die ihre Möglichkeiten erkannt hätten,

würden auf die hohen Kosten der Elektrifizierung etwa durch Wärmepumpen verweisen: „Bezahlbarkeit wird als wichtige Priorität der Energiepolitik betrachtet.“ // VON TOM WEINGÄRTNER

[^ Zum Inhalt](#)

Bund plant längere E-Auto-Steuerbefreiung



Quelle: Shutterstock

ELEKTROFAHRZEUGE. Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf zur Verlängerung der Kfz-Steuerbefreiung für Elektrofahrzeuge beschlossen und antwortet auf Fragen zur Förderung der Elektromobilität.

Die Bundesregierung aus SPD und Union hat laut einem aktuellen Dokument des Deutschen Bundestags ihren im Koalitionsvertrag formulierten Anspruch bekräftigt, die Elektromobilität mit steuerlichen Anreizen zu unterstützen. Der bislang fehlende Fortschritt bei mehreren angekündigten Maßnahmen sorgt jedoch für Nachfragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Im Mittelpunkt steht die Kfz-Steuerbefreiung für reine Elektrofahrzeuge, die ohne neues Gesetz zum 31. Dezember 2025 enden würde.

Nach Angaben der Bundesregierung hat das Kabinett am 15. Oktober den Entwurf für ein Achtes Gesetz zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes verabschiedet. Der Entwurf befindet sich im parlamentarischen Verfahren und soll die Steuerbefreiung verlängern. Angaben zur Wirkung der Steuerbefreiung auf Kaufentscheidungen liegen der Regierung laut ihrer Antwort nicht vor. Die Befreiung sei lediglich eine flankierende Maßnahme zu weiteren Förderinstrumenten, heißt es.

Keine weiteren Aufschläge für Verbrenner

Zur Diskussion eines Bonus-Malus-Systems in der Kfz-Steuer erklärt die Bundesregierung, dass mit der letzten Gesetzesnovelle bereits eine stärker belastende CO2-Komponente für emissionsintensive Pkw eingeführt wurde. Ein darüber hinausgehendes Bonus-Malus-Modell sei im Koalitionsvertrag nicht vorgesehen. Steuerliche Vorteile für konventionelle Dienstwagen gebe es nach Regierungsangaben nicht. Die bestehende Förderung richte sich ausschließlich auf emissionsfreie und emissionsarme Antriebe und gilt für Fahrzeuge, die vor dem 1. Januar 2031 angeschafft werden.

Der Elektrifizierung von Unternehmensflotten misst die Bundesregierung grundsätzlich Bedeutung bei. Sie lehnt jedoch gesetzliche Quoten, wie sie die EU-Kommission diskutiert hat, ab. Den steuerlichen Regelungen für Elektro-Dienstwagen schreibt sie einen hohen Einfluss auf den Hochlauf der Elektromobilität zu. Der Anteil begünstigter Fahrzeuge sei ab 2020 deutlich gestiegen. Daten zum Anteil elektrisch gefahrener Kilometer bei Plug-in-Hybriden liegen der Bundesregierung dagegen nicht vor. Weitere Maßnahmen sollen im laufenden Klimaschutzprogramm erarbeitet werden, das endgültige Maßnahmenpaket wird erst mit dem Kabinettsbeschluss erwartet.

Beim Ausbau der Ladeinfrastruktur arbeite das Bundesministerium für Verkehr an einem neuen Masterplan Ladeinfrastruktur 2030. Konkrete Angaben zu einzelnen Maßnahmen seien aufgrund laufender Abstimmungen noch nicht möglich. Die Bundesregierung hält am Grundsatz fest, dass der Ausbau der Ladepunkte der Marktentwicklung vorausgehen soll, zugleich aber privatwirtschaftlich und bedarfsoorientiert erfolgen müsse. Ziel sei ein verlässliches und alltagstaugliches Laden im städtischen und ländlichen Raum.

Beim Thema bidirektionales Laden plant die Bundesregierung laut eigenen Angaben Förderinstrumente für entsprechende technische Lösungen. Zudem sollen rechtliche Vereinfachungen greifen, etwa durch das Dritte Gesetz zur Änderung des Energiesteuer- und Stromsteuergesetzes, das sich im parlamentarischen

Verfahren befindet. Zur Preistransparenz an öffentlichen Ladesäulen verweist die Regierung auf die europäische Infrastrukturverordnung AFIR. Betreiber öffentlich zugänglicher Ladepunkte müssen seit April 2025 statische und dynamische Daten kostenfrei bereitstellen, die über die Plattform „**Mobilithek**“ abrufbar sind.

Der neue Masterplan Ladeinfrastruktur 2030 befindet sich laut Bundesverkehrsministerium in der Ressortabstimmung (wir berichteten). Ein Kabinettsbeschluss soll im Herbst 2025 folgen. Von 68 Maßnahmen des Masterplans II aus der vergangenen Legislaturperiode seien 49 umgesetzt worden. Die Bundesregierung nennt 19 Maßnahmen, die bisher nicht realisiert wurden, darunter Vorgaben zur Beschilderung, Regelungen für Ladepunkte an Verkehrsknotenpunkten oder Fragen der Flächenbereitstellung entlang von Autobahnen.

Zur steuerfreien Möglichkeit des Ladens beim Arbeitgeber erklärt die Regierung, die Regelung erfülle ihren Zweck. Ob eine Verlängerung über 2030 hinaus erforderlich sei, werde später entschieden. Zu den Verteilungswirkungen steuerlicher Förderinstrumente liegen der Bundesregierung keine konkreten Daten vor. Sie betont jedoch, dass die Maßnahmen vor allem kleine und mittlere Betriebe adressieren und auch den Gebrauchtwagenmarkt beeinflussen könnten. Dadurch entstünden indirekte Vorteile für private Käufer.

// VON SUSANNE HARMSEN

[^ Zum Inhalt](#)

BEE verwahrt sich gegen Spitznamen „Gas-Kathi“



Quelle: Fotolia / Jürgen Fälchle

REGENERATIVE. Die Präsidentin des Bundesverbandes Erneuerbare Energie, Ursula Heinen-Esser, distanziert sich im E&M-Interview von dem Attribut „Gas-Kathi“ für Wirtschaftsministerin Katherina Reiche.

In einem Interview, das am 1. Dezember im gedruckten „E&M Jahresmagazin“ und in dessen E-Paper in voller Länge erscheint, verteidigt die neue Präsidentin des BEE, Ursula Heinen-Esser, Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) gegen den Spitznamen „Gas-Kathi“, weil sie die Ausschreibung neuer Gaskraftwerke vorantreibt. Heinen-Esser lobt vielmehr Reiches praktische Erfahrung in Politik und Wirtschaft. Gleichzeitig bekräftigt sie die Position der Erneuerbaren-Branche, dass das Stromsystem auch mit einer geringeren Ausschreibungsleistung weiter funktioniert.

E&M: Der Zehn-Punkte-Aktionsplan von Katherina Reiche nach dem Energiewende-Monitoringbericht war Mitte September, einen Tag vor der Messe Husum Wind, ein starker Angriffspunkt vonseiten der Erneuerbaren-Branche. Ich nehme ein gewisses Fremdeln dieser Branche gegenüber Frau Reiche wahr. Inoffiziell wird sie ‚Gas-Kathi‘ genannt, weil sie 20.000 MW neuer Gaskraftwerke zum Systemausgleich ausschreiben möchte. Welchen Zugang haben Sie zu ihr?

Heinen-Esser: Ich kenne sie seit vielen Jahren. Wir waren zusammen Mitglieder im Bundestag, wir waren zusammen Parlamentarische Staatssekretärinnen im Umweltministerium. Wenn ich das mal klar sagen darf: Ich finde einen solchen Spitznamen nicht in Ordnung. Katherina Reiche hat mehr praktische Erfahrung als fast jeder ihrer Amtsvorgänger. Sie ist nicht nur Politikerin, sondern sie war auch Führungskraft in einem Wirtschaftsunternehmen. Frau Reiche war beim VKU (Verband kommunaler Unternehmen; die Redaktion) als Hauptgeschäftsführerin, sie war Vorsitzende des Vorstands von Westenergie. Sie kennt das Energiegeschäft von zwei Seiten. Daraus leitet sie ihre Kompetenz ab. Ob wir als Erneuerbaren-Branche alle ihre Ansichten teilen, das bleibt mal dahingestellt. Aber sie leitet ihre Schlussfolgerungen aus ihrer persönlichen praktischen Erfahrung – ich vermute mal vor allen Dingen bei Westenergie – ab.



Ursula Heinen-Esser, die neue Präsidentin des Bundesverbands Erneuerbare Energie (BEE)

Quelle: BEE / Rolf Schulten

E&M: Der Hauptdiskussionspunkt ist die Ausschreibung der Gaskraftwerke. Wie stehen Sie dazu?

Heinen-Esser: Der Koalitionsvertrag hat festgelegt, bis zu 20.000 MW Gaskraftwerke zu errichten. Wir sind als Branche nicht der Meinung, dass diese Leistung in der heutigen Zeit benötigt wird. Unter Habeck waren bei der EU-Kommission 12 GW beihilferechtlich beantragt worden. Das ist auch die installierte Leistung, die jetzt tatsächlich zur Diskussion steht.

Ich glaube, dass wir es auch mit deutlich weniger schaffen können: mit intelligenten Netzen, intelligenten Speichersystemen. (...)

In dem E&M-Interview, das Ende Oktober vor der koalitionsinternen Einigung über die Gaskraftwerke stattfand, gibt die BEE-Präsidentin auch Auskunft über ihre eigene Vernetzung in der Regenerativen-Branche, ihr Verhältnis zu den Erneuerbaren während ihrer Zeit als NRW-Ministerin und ob sie als ehemalige Leiterin der deutschen Delegation zur UN-Klimakonferenz von 2013 in absehbarer Zeit einen europäischen Dachverband für die Erneuerbaren kommen sieht.

Zur Person

Ursula Heinen-Esser (60) ist im Oktober 2025 zur Präsidentin des Bundesverbands Erneuerbare Energie (BEE) gewählt worden. Sie folgte in der Position Simone Peter nach. Die Kölner CDU-Politikerin Heinen-Esser war Parlamentarische Staatssekretärin, zuerst 2007 bis 2009 beim Bundeslandwirtschafts- und dann bis 2013 beim Bundesumweltministerium. 2018 bis zu ihrem Rücktritt im Jahr 2022 im Zusammenhang mit der Ahrtal-Flut war sie in NRW Umwelt- und Landwirtschaftsministerin. Danach arbeitete sie unter anderem für die von ihr und ihrem Mann geführte strategische Unternehmensberatung.

// VON GEORG EBLE

[^ Zum Inhalt](#)

Betrieb ohne Landstrom beschäftigt Gericht



Quelle: Shutterstock / Igor Grochev

LNG-TERMINAL. Anders als eigentlich geplant läuft das Rügener LNG-Terminal ohne Landstrom. Ein Bundesgericht soll nun klären, ob es daher ein zusätzliches Genehmigungsverfahren braucht.

Die ursprünglich für das Rügener LNG-Terminal geplante, aber nicht installierte Landstromanbindung beschäftigt auch das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig. Dort hat der Terminaltreiber Deutsche Regas Klage gegen ein laufendes Verfahren des „StALU Vorpommern“ (Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt) eingelegt. Die Behörde hält eine Änderungsgenehmigung für nötig, da das Terminal entgegen dem ursprünglichen Antrag ohne Landstromanbindung mittels KWK läuft. Das zuständige Schweriner Umweltministerium bestätigte die Klage, über die zuvor der NDR berichtet hatte.

Das Terminal setzt statt der ursprünglich geplanten Anlage auf Generatoren zur Stromerzeugung, was Emissionen verursacht. Katalysatoren und Schallschutzeinrichtungen sollen diese reduzieren.

Übergangsfrist läuft aus

Das Gericht sowie die Verfahrensbeteiligten wollten sich nicht inhaltlich zum Rechtsstreit äußern. Laut Gericht soll am 3. Dezember in Leipzig öffentlich verhandelt werden. Demnach geht es um zwei Klagen. Auch Gerichtsentscheidungen könnten dann schon fallen. „Normalerweise ist noch am Verhandlungstag mit einer Verkündung zu rechnen“, schrieb eine Gerichtssprecherin. Dies hing aber vom Verlauf ab.

Nach früheren Angaben des Umweltministeriums darf die Deutsche Regas noch bis Ende des Jahres das Terminal auch ohne Änderungsgenehmigung ohne Landstrom betreiben. Eine entsprechende Übergangsfrist war demnach im Sommer verlängert worden. // VON DPA

[^ Zum Inhalt](#)

 HANDEL & MARKT


Quelle: Fotolia / malp

Deutsch-schwedische Kooperation will Flexibilitätspotenzial von Speichern heben

STROMSPEICHER. Das schwedische Smart-Grid-Unternehmen Ingrid und der deutsche Projektentwickler Energiequelle arbeiten künftig beim Bau netzgebundener Batteriespeicher in Deutschland zusammen.

Ingrid mit Sitz im schwedischen Stockholm und die Energiequelle GmbH aus dem brandenburgischen Zossen wollen gemeinsam netzgebundene Batteriespeicherprojekte mit einer geplanten Gesamtleistung von 200 MW in Deutschland entwickeln. Energiequelle übernimmt die Projektentwicklung, während Ingrid Finanzierung, Betrieb und Optimierung steuert. Die Anlagen sollen an Standorten in Verteilnetzen entstehen, an denen Flexibilität besonders benötigt wird. Ein Großteil der Projekte soll 2026 baureif sein.

„Dies ist eine Partnerschaft für Ingrid in Deutschland und ein Schritt in unserer europäischen Wachstumsstrategie“, erklärte Axel Holmberg, CEO von Ingrid. Bis 2030 wolle das Unternehmen mehr als 1.000 MW an flexiblen Anlagen in Deutschland „optimieren“. Die Marktkenntnis von Energiequelle ist aus Sicht von Holmberg eine geeignete Ergänzung.

Ingrid verweist auf mehr als 450 MW an eigenen Speicherprojekten im Betrieb oder Bau. Dazu zählt nach Unternehmensangaben auch ein 70-MW-Speicher in Finnland. Parallel zum Markteintritt in Deutschland verfolgt Ingrid auch die Expansion nach Frankreich und Spanien.

„Unsere Aufgabe ist es, Lösungen für einen stabilen Betrieb des Energiesystems zu entwickeln“, sagte Michael Raschemann. Wie der Geschäftsführer von Energiequelle erklärt, ergänze die Kompetenz von Ingrid bei großskaligen Speichern die eigene Entwicklungserfahrung.

Ingrid ist ein Unternehmen aus Stockholm, das Batteriespeicher finanziert, betreibt und errichtet. Es bietet zudem Dienstleistungen für die Optimierung von Energiesystemen und Lösungen für netzdienliche Anwendungen an.

Energiequelle mit Sitz in Deutschland entwickelt seit 1997 Erneuerbare-Energien-Projekte. Seit der Gründung hat das Unternehmen nach eigenen Angaben rund 2.000 MW Netzinfrastruktur aufgebaut und etwa 1.700 MW Windenergieleistung ans Netz gebracht. Zudem entwickelt das Unternehmen Versorgungslösungen für Industrieunternehmen, darunter Photovoltaik- und Batteriespeicheranwendungen.

// VON FRITZ WILHELM

[^ Zum Inhalt](#)

Stadtwerke Duisburg und Enercity punkten bei Ladesäulen



Quelle: Pixabay / Gerd Altmann

ELEKTROFAHRZEUGE. Enercity in Hannover und die Stadtwerke in Duisburg arbeiten weiter intensiv an der E-Mobilität vor Ort. Die Norddeutschen kommen auf 1.000, der Versorger auf bald 400 Ladepunkte.

Der 1.000 öffentliche Ladepunkt von Enercity hat seinen Standort am Stephansplatz in Hannovers Südstadt gefunden. Die neuen Ladesäulen sind im Rahmen einer Konzessionsvereinbarung in Betrieb gegangen, die das kommunale Energieunternehmen 2018 mit der Stadt Hannover geschlossen hat, um in der niedersächsischen Landeshauptstadt ein flächendeckendes Ladeangebot zu errichten.

Inzwischen stehen E-Autofahrern in Hannover 888 AC- und 112 DC-Anschlüsse zur Verfügung, bis Ende 2026 soll sich die Gesamtzahl auf 1.300 erhöhen. Ein etwas anderes Ziel haben die Stadtwerke Duisburg ausgegeben: Sie peilen 500 Ladepunkte an und sind davon nach einer neuen Mitteilung nur noch 108 Zapfmöglichkeiten entfernt.

Der Versorger aus dem Ruhrgebiet unterhält neuerdings 160 Standorte (Säulen) innerhalb Duisburgs. Von den verfügbaren 392 Ladepunkten erlauben 56 das schnelle Laden mit einer Leistung zwischen 49 und 150 kW.

In Hannover erlaubt Enercity das Bezahlen des Ladestroms inzwischen kontaktlos, unter anderem mit Girokarte, Kreditkarte, Apple Pay, Google Pay sowie weiteren Diensten. Alle Ladepunkte von Enercity liefern Ökostrom.

Hannovers Angebot überzeugt im Großstadtvergleich

„E-Mobilität ist das neue Normal. Wer einmal elektrisch fährt, bleibt dabei“, lässt sich Aurelie Alemany, die Vorstandsvorsitzende der Enercity AG, in einer Mitteilung zitieren. Einen nächsten Transformationsschritt will der Energieversorger mit neuen Produkten wie dynamischen Ladetarifen vollziehen. Seit August bietet Enercity an ersten Schnellladestationen in Hannover dynamische Tarife an, die sich an Börsenstrompreisen orientieren (wir berichteten). Das mache laut Alemany „klimafreundliche Mobilität attraktiver“ und fördere zudem netzdienliches Laden und die Integration erneuerbarer Energien.

Genutzt wird die Ladeinfrastruktur auch von kommunalen Fahrzeugen. Hannovers Oberbürgermeister Belit Onay (Grüne) verweist in der Mitteilung auf einen 160 Elektrofahrzeuge umfassenden Fuhrpark: „Eine der ältesten öffentlichen Ladesäulen steht bei uns vor dem Rathaus, sie liefert schon seit über zwölf Jahren Strom für E-Autos – und natürlich wurde sie von Enercity aufgestellt.“

Hannover erreicht aktuell laut Enercity-Angaben ein Verhältnis von 8,6 Elektrofahrzeugen je öffentlichem Ladepunkt, in anderen deutschen Großstädten wie Stuttgart liegt die Quote bei 9,5 Fahrzeugen pro

Ladepunkt. Berlin kommt auf 12,2, Hamburg auf 16,9. Der Bundesdurchschnitt liegt, Stand 1. Juli 2025, bei 16,7. // VON IMKE HERZOG UND VOLKER STEPHAN

[^ Zum Inhalt](#)

Sefe veräußert sein Tankstellennetz



Quelle: Fotolia / rcx

MOBILITÄT. Das Bundesunternehmen Sefe gibt den Verkauf seiner Tochter „SEFE Mobility“ an Biogeen bekannt. Der Schritt soll das Portfolio straffen und EU-Auflagen zur Rekapitalisierung erfüllen.

Das deutsche Staatsunternehmen Securing Energy for Europe GmbH (kurz Sefe, vormals Gazprom Germania) verkauft seine 100-Prozent-Mobilitätstochter Sefe Mobility GmbH. Käufer ist die Biogeen GmbH aus Münster (Nordrhein-Westfalen).

Sefe betont in einer Mitteilung, mit dem Verkauf die Konzentration auf das Energiegeschäft zu stärken. Zudem verlange die Europäische Kommission im Rahmen der Rekapitalisierung, weniger zentrale Aktivitäten zu veräußern. Die Transaktion stehe unter behördlichem Vorbehalt. Zu der Kaufsumme gaben die Vertragspartner keine Details bekannt.

Sefe hat seinen Hauptsitz in Berlin und operiert als internationales Energieunternehmen entlang der gesamten Energie-Wertschöpfungskette – von Beschaffung über Handel und Vertrieb bis hin zu Transport und Speicherung. Es beliefert Industriekunden und Stadtwerke in Europa mit Gas, Strom und zunehmend auch kohlenstoffarmen Energieformen. Mit einem jährlichen Vertriebsvolumen von etwa 200 Milliarden kWh und rund 50.000 Kunden zählt das Unternehmen zu den bedeutenden Versorgern auf dem Kontinent. Sefe beschäftigt weltweit rund 2.000 Mitarbeitende.

Die Tochter Sefe Mobility ist ein Anbieter für erneuerbare Mobilitätskraftstoffe mit Sitz in Berlin. Die Gesellschaft betreibt eigenen Angaben nach mehr als 50 Tankstellen in Deutschland und Tschechien. Im Jahr 2024 setzte Sefe Mobility rund 12 Millionen Euro um und beschäftigte acht Mitarbeitende.

Der Biogasanbieter Biogeen beabsichtigt mit dem Kauf von Sefe Mobility, sein Angebot um nachhaltige Mobilitätslösungen zu erweitern. Biogeen übernimmt, wie es weiter heißt, das bestehende Tankstellennetz und das Team von Sefe Mobility.

Christian Olms, CFO von Sefe, gibt sich in einer Mitteilung seines Hauses überzeugt: „Mit Biogeen haben wir einen Käufer gefunden, dessen Vorstellungen von nachhaltiger Energie gut zu unserer eigenen Ausrichtung passen.“ Damit setze Sefe einen klaren Fokus auf den Kerngeschäftsbereich Energie und unterstütze gleichzeitig den Ausbau nachhaltiger Mobilitätslösungen im Markt. // VON DAVINA SPOHN

[^ Zum Inhalt](#)

Gesamtabsatz in der Heizungsindustrie geht zurück



Quelle: Shutterstock / JPC-PROD

WÄRME. Die Heizungsindustrie kämpft weiter mit sinkenden Absatzzahlen - trotz eines deutlichen Zuwachses bei Wärmepumpen.

Wie der Bundesverband der Deutschen Heizungsindustrie (BDH) in Berlin mitteilte, wurden bis einschließlich Oktober 2025 rund 529.000 Heizungen verkauft. Das seien 14 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. „Damit steuert die Heizungsbranche auf eines der schwächsten Ergebnisse der vergangenen zehn Jahre zu“, so der BDH. „Der Marktrückgang gefährdet Wachstum, Wertschöpfung und Arbeitsplätze in der Heizungsindustrie“, sagte BDH-Hauptgeschäftsführer Markus Staudt. Zudem werde das Erreichen der Klimaschutzziele im Gebäudesektor zunehmend erschwert.

Einen positiven Trend zeige allerdings der Absatz von **Wärmepumpen**. „Bis einschließlich Oktober 2025 wurden über alle Wärmepumpen-Technologien hinweg rund 255.000 Geräte verkauft – ein Plus von 57 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.“ Vorherrschend waren mit 241.500 Einheiten Luft-Wasser-Geräte. Für das Gesamtjahr rechnet der BDH mit rund 284.000 abgesetzten Wärmepumpen. Das wäre ein Plus von 47 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Auch der Markt für **Biomasse-Heizungen** zeigt laut Verband nach einer zuletzt schwachen Entwicklung wieder Erholungstendenzen. „Bis Oktober wurden rund 25.500 Geräte verkauft, ein Plus von 25 Prozent gegenüber dem Vorjahr – wenn auch auf niedrigem Niveau.“

Bei **Gasheizungen** ging der Absatz um 35 Prozent auf 229.500 zurück, bei Ölheizungen um 77 Prozent auf 19.000.

Andauernde Verunsicherung der Verbraucher

Für das Gesamtjahr 2025 rechnet der BDH über alle Technologien hinweg mit insgesamt etwa 616.000 abgesetzten Heizungen, was ebenfalls ein Minus von 14 Prozent bedeuten würde. Als Hauptursache für die schwache Nachfrage sieht der Verband die seit 2024 andauernde Verunsicherung der Verbraucher. Die emotional geführte politische Debatte um das sogenannte Heizungsgesetz habe Spuren hinterlassen.

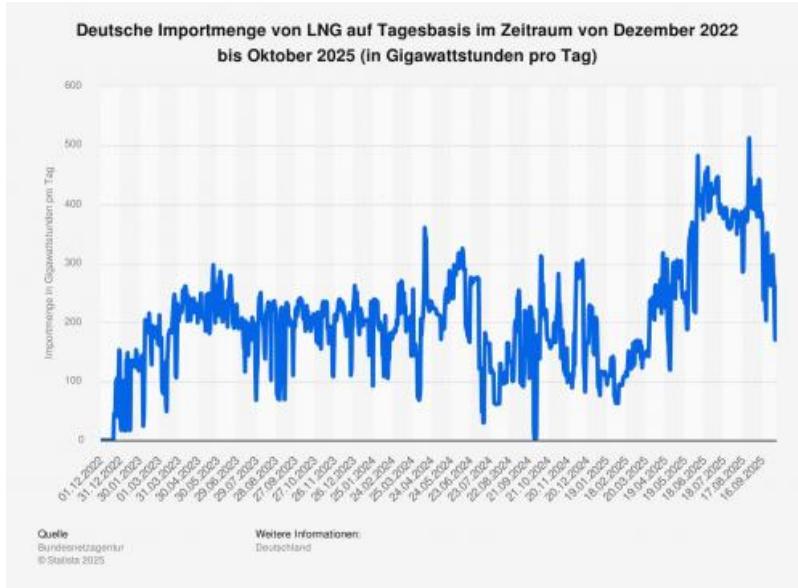
Der Verband appellierte an die Bundesregierung, schnell für Planungssicherheit und Klarheit bei den ordnungsrechtlichen Vorgaben zu sorgen. Für die Menschen und die Heizungsbranche gehe es um Verlässlichkeit – insbesondere in Fragen der Förderung, der CO2-Bepreisung und der Energiepreise, so die Branche. // VON DPA

[^ Zum Inhalt](#)

Deutscher Import von LNG auf Tagesbasis



STATISTIK DES TAGES. Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchten wir regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.



Zur Vollansicht bitte auf die Grafik klicken

Quelle: Statista

Am 7. Oktober dieses Jahres importierte Deutschland verflüssigtes Erdgas in einem Umfang von 260 GWh pro Tag. Im Vergleich zu den gasförmigen Erdgasimporten von Deutschland fällt die bisherige Importmenge von LNG gering aus, jedoch handelt es sich bei den Importen von Erdgas über Pipelines etwa aus den Niederlanden und Belgien häufig um wieder regasifizierte LNG-Importe dieser Länder. Die Angaben stammen von der Bundesnetzagentur. // VON REDAKTION

^ Zum Inhalt

 TECHNIK


Quelle: Shutterstock / Audio und werbung

Neues Suchtool erleichtert H2-Qualifizierung

WASSERSTOFF. Die neue Plattform „Way to H2“ zeigt erstmals bundesweit Weiterbildungen rund um Wasserstoff übersichtlich an. Bereits 200 Angebote sind darauf gelistet.

Die Plattform „Way to H2“ bündelt erstmals ein breites Spektrum an Weiterbildungsangeboten rund um Wasserstoff – sie richtet sich an Studierende, Quereinsteigende, Unternehmen und Personalabteilungen, die auf der Suche sind nach Fachkräften im Wasserstoffsektor. Das Wasserstoffnetzwerk „HYPOS e.V.“ ist Betreiber des Portals.

Laut einer Mitteilung des Innovationsverbundes entstand das Portal im Rahmen des Projektes „REVIERWENDE“ gemeinsam mit dem Fraunhofer-Institut für Keramische Technologien und Systeme (IKTS). Dabei handelt es sich um ein Projekt des Deutschen Gewerkschaftsbundes, das den sozial-ökologischen Strukturwandel in den ehemaligen Kohleregionen begleitet. Es will Beschäftigte, Unternehmen und regionale Akteure dabei unterstützen, neue Qualifizierungen aufzubauen und den Übergang in eine zukunftsfähige Wirtschaftsstruktur zu gestalten.

Auf der Internetplattform „Way to H2“ vereinen sich rund 200 Angebote aus Deutschland und teilweise aus dem Ausland. Die Bandbreite reicht von Grundlagenseminaren und Zertifikatskursen bis zu weiterführenden Lehrgängen für Fach- und Führungskräfte. Nutzer finden auf der Plattform etwa Programme zu Erzeugung, Speicherung, Transport und Anwendung von grünem Wasserstoff sowie Kurse zu Sicherheit, Normen und Zulassung.

Gezielte Suche nach Kursen

Über eine Filterfunktion können Interessierte gezielt nach Region oder Fachgebiet suchen. So lassen sich regionale Schwerpunkte wie das Mitteldeutsche, Rheinische oder Saarländische Revier einbeziehen. Diese Funktion soll es insbesondere Unternehmen erleichtern, passende Weiterbildungen für ihre Standorte oder Projekte zu finden. Es gibt ihnen die Chance, die eigene Personalentwicklung strategisch mit dem Markthochlauf für grünen Wasserstoff zu verknüpfen.

Personalabteilungen können mithilfe des Tools gezielt nach Kursen suchen, die auf Planung, Betrieb, Wartung oder Regulierung von Wasserstoffanlagen vorbereiten. Damit erleichtert das Portal laut dem Netzwerk die Vorbereitung auf neue Anforderungen in Energieversorgung, Industrie und Mobilität. Bildungsträger können zudem eigene Angebote hinzufügen und damit die Übersicht erweitern.

Das Netzwerk reagiert mit der Internetseite auf ein zentrales Problem der Branche: den fragmentierten Weiterbildungsmarkt. Der Verband erklärt, dass bisher kaum eine systematische und deutschlandweite Übersicht existierte. Mit der neuen Plattform schaffe man die nötige Transparenz und ermögliche gezielte Qualifizierung vor dem Hintergrund des steigenden Fachkräftebedarfs in der Wasserstoffwirtschaft.

Ein ausführlicher Launch der Plattform ist laut Hypos für das kommende Jahr geplant. Bis dahin bleibt „Way to H2“ ein lebendes Verzeichnis. Das Netzwerk ruft Bildungsträger dazu auf, eigene Angebote einzupflegen und damit die Plattform aktiv mitzugestalten. „Way to H2“ ist im Internet abrufbar.

Details zu HYPOS e.V.

HYPOS e.V. steht für „Hydrogen Power Storage & Solutions“. Es vernetzt Unternehmen, kleine und mittlere Betriebe, Industrie, Hochschulen und Forschungseinrichtungen aus Mitteldeutschland. Der Verein fördert eine grüne Wasserstoffwirtschaft und begleitet den Markthochlauf von Wasserstoff von Erzeugung über Speicherung und Transport bis zur Nutzung in Industrie, Energieversorgung und Mobilität.

// VON DAVINA SPOHN

[^ Zum Inhalt](#)

TU München nutzt Abwärme aus Rechenzentrum



Campus der Technischen Universität München in Garching. Quelle: TUM / Astrid Eckert

WÄRME. Der Energiedienstleister Getec verhilft der Technischen Universität München mit einem neuen Wärmekonzept zu rund 30.000 Tonnen CO2-Einsparung pro Jahr.

Die Technische Universität München (TUM) stellt die Wärmeversorgung des Forschungscampus Garching um. Hier entsteht eine im Regelbetrieb vollständig CO2-neutrale Wärmeversorgung für die Gebäude und Anlagen der Hochschule. Laut der Mitteilung der Universität wird künftig die Abwärme eines Rechenzentrums genutzt. Diese liefere den Großteil der künftigen Heizleistung. Durch deren Einspeisung in das Nahwärmennetz des Campus werde eine jährliche CO2-Einsparung von rund 30.000 Tonnen möglich. Das Wärmekonzept, für das der Energiedienstleister Getec verantwortlich ist, werde gleichzeitig zu einer Senkung der Betriebskosten führen.

Neben der Abwärme aus dem Rechenzentrum sollen künftig in Garching auch Geothermie und Wärmepumpen zum Einsatz kommen. Außerdem werde ein elektrischer Heizkessel eventuelle Lastspitzen abfedern, heißt es in der Mitteilung weiter. Trotzdem gehört auch noch ein Gaskessel zum Wärmekonzept. Dieser übernehme jedoch lediglich die „zwingend notwendige Gewährleistung der Versorgungssicherheit bei Stromausfall“. Nach Angaben der TUM betrug im Jahr 2022 der Erdgasbedarf allein für die Wärmeversorgung des Campus Garching rund 127 Millionen kWh. Künftig werde der Campus 43,5 Millionen kWh aus regenerativen Quellen im Regelbetrieb völlig auf Erdgas verzichten. Möglich werde

dies unter anderem durch eine Absenkung der Temperatur des Heißwassernetzes von 140 Grad Celcius auf einen Korridor zwischen 80 und 100 Grad Celcius.

Für die Umsetzung werden neue Fernwärmeleitungen und eine neue Energiezentrale mit Großwärmepumpen errichtet, die eine Gesamtwärmeleistung von 10 MW haben. Als Ergänzung sind Wärmespeicher und Elektrokessel vorgesehen, die überschüssigen Strom gegebenenfalls in Wärme umwandeln. Zudem werden alle Übergabestationen zu den Gebäuden erneuert und die Gebäude „im notwendigen Umfang“ saniert. Auch die Kesselanlage im bestehenden Heizkraftwerk auf dem Campus wird der Mitteilung zufolge erneuert.

Eine automatisierte Steuerung des Gesamtsystems soll schließlich dafür sorgen, dass sich die Wärmeerzeugung vorzugsweise nach der Verfügbarkeit beziehungsweise nach dem Preis von grünem Strom im Netz richtet.

Professor Thomas F. Hofmann nimmt das neue Wärmekonzept zum Anlass, die Ernsthaftigkeit der Selbstverpflichtung der Universität im Rahmen der TUM Sustainable Futures Strategy 2030 zu betonen. „Das ist für uns eine Frage der Verantwortung für künftige Generationen und der Glaubwürdigkeit“, so der TUM-Präsident. In drei Jahren soll die Umsetzung des Wärmekonzepts abgeschlossen sein. Laut TUM-Kanzler Albert Berger wird die Getec den kompletten Betrieb und den Service der neuen Campus-weiten Wärmeversorgung übernehmen. Die Kooperation mit dem Energiedienstleister ist für die nächsten 20 Jahre vereinbart. // VON FRITZ WILHELM

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

 UNTERNEHMEN


Die PV-Anlage auf dem Dach des Museums 642. Quelle: Stadtwerke Energie Jena-Pößneck

PV-Stromerzeugung und Denkmalschutz im Einklang

PHOTOVOLTAIK. Die Stadtwerke Energie Jena-Pößneck haben in denkmalgeschütztes Gebäude mit einer nahezu unsichtbaren Photovoltaikanlage ausgestattet.

Das „Museum 642“ wird mit PV-Strom versorgt. Die Anlage hat eine Leistung von 14,96 kW und wurde von den Stadtwerken Energie Jena-Pößneck gemeinsam mit der Stadt Pößneck realisiert. Die Module befinden sich auf der innenliegenden Dachfläche des Gebäudekomplexes und ist damit für Passanten unsichtbar.

Wie aus einer Mitteilung der Stadtwerke hervorgeht, durfte die Solartechnik aufgrund von Denkmalschutzaflagen nur auf der zum Hof geneigten Dachseite des stadtgeschichtlichen Museums installiert werden, damit sie nicht nach außen zu sehen ist. Eine spezielle Klemmtechnik sei dabei zum Einsatz gekommen, um die bestehende Dachstruktur zu schützen. Am Ende sei auch eine „wirtschaftlich sinnvolle Lösung“ entstanden, so Robert Radicke vom Gebäude und Liegenschaftsmanagement der Kommune.

Das Museum benötigt aufgrund empfindlicher Exponate unbedingt eine ganzjährig verlässliche Energieversorgung. Die Heiz- und Kühltechnik müsse stabile Temperaturen gewährleisten und habe einen entsprechend hohen Verbrauch.

Die nun installierte PV-Anlage soll pro Jahr 12.700 kWh Solarstrom erzeugen und damit rund 15 Prozent des jährlichen Bedarfs decken. Daraus ergibt sich der Mitteilung zufolge eine CO2-Ersparnis von 6,5 Tonnen. Die Anlage konnte, da das Museum eine gemeinnützige Einrichtung ist, ohne Umsatzsteuer auf Anschaffung und Installation realisiert werden. // VON FRITZ WILHELM

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG

ENERGIEJOBS

DAS KARRIEREPORTAL FÜR DIE ENERGIEWIRTSCHAFT

Rekrutieren Sie zielgenau in der Strom-, Gas- und Wasserwirtschaft.

Energietechnik Erneuerbare Energien Energiemanagement

08152 93 11 88 www.energiejobs.online

Beteiligung an Würzburger Energieprojekten möglich



Quelle: Fotolia / nmann77

FINANZIERUNG. Die WVV finanziert in Würzburg mit Genussrechten und mit Partner Dallmayer ein Umspannwerk für die regionale Energiewende. Welche Bedingungen für Anleger gelten.

Die städtische Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (WVV) ermöglicht seit Oktober Bürgern über Genussrechte eine Beteiligung an Energievorhaben. Laut dem Unternehmen richtet sich das Angebot an Menschen, die sich langfristig an einem regionalen Projekt beteiligen wollen. Die WVV nutzt dieses Instrument, um die Finanzierung eines neuen Umspannwerks in der Dürrbachau im Norden der Stadt zu sichern. Die WVV beschreibt die Anlage als zentrale technische Grundlage für künftige Energiewende-Projekte.

Genussrechte gelten in der Energiebranche als häufige, flexible Form der Kapitalbeteiligung. Sie sehen vor, dass Bürger Unternehmen Geld zur Verfügung stellen und eine feste Verzinsung dafür erhalten. In Würzburg organisiert die Stadtwerke Würzburg AG, Tochtergesellschaft der Kommunalholding WVV, die konkrete Abwicklung. Sie nennt einen Mindestbetrag von 500 Euro und eine Obergrenze von 25.000 Euro. Die Laufzeit beträgt mindestens fünf Jahre. Die WVV unterscheidet zwei Varianten der Beteiligung:

- Anleger, die bereits einen Strom-, Gas- oder Fernwärmevertrag mit der Stadtwerke Würzburg AG haben oder im Konzern arbeiten, können ein Premium-Produkt mit einer Verzinsung von jährlich 3,75 Prozent zeichnen.
- Personen ohne Vertrags- oder Mitarbeiterbezug wählen die Basisvariante mit 3,25 Prozent Verzinsung.

Beide Modelle sollen laut WVV ausschließlich die regionale Infrastruktur stärken.

Finanzierung und regionaler Bezug

Die Würzburger beziffern das Gesamtinvestitionsvolumen für das neue Umspannwerk mit rund 23 Millionen Euro. 6 Millionen Euro davon sollen durch die Bürgerbeteiligung gedeckt werden. Die WVV sieht darin einen Beitrag, der sowohl Versorgungssicherheit erhöhen als auch das regionale Energiesystems widerstandsfähiger machen kann.

Als Partner für die Umsetzung der Bürgerbeteiligung nennt das Unternehmen die Firma Dallmayer GmbH aus dem ebenfalls nordbayerischen Karlstadt. Dabei handelt es sich um einen Dienstleister für Bürgerbeteiligungs- und Kapitalanlageprozesse, nicht zu verwechseln mit dem Delikatessenhaus Dallmayr in München.

Florian Binner, Referent für Finanz- und Beteiligungsstrategie bei der WVV, bekräftigt die Bedeutung der aktiven Teilhabe: „Mit unserer Bürgerbeteiligung geben wir den Menschen vor Ort die Möglichkeit, aktiv an der Energiewende unserer Region mitzuwirken – und gemeinsam Nachhaltigkeit und regionale Wertschöpfung zu gestalten“, erklärt er. Die Zeichnungsfrist läuft nach Unternehmensangaben noch.

// VON DAVINA SPOHN

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

Amprion-Deal von RWE in trockenen Tüchern



Quelle: Fotolia / caruso13

WIRTSCHAFT. RWE und die Investmentgesellschaft Apollo Gobal Management haben ihre Milliarden-Transaktion abgeschlossen. Sie sind nun über ein Joint Ventures beide Miteigentümer von Amprion.

Anfang November unterzeichneten RWE und das New Yorker Private-Equity-Unternehmen Apollo Gobal Management die Verträge, jetzt ist der Milliarden-Deal in trockenen Tüchern. Wie der Essener Energiekonzern mitteilt, seien alle für den Abschluss der Transaktion erforderlichen Genehmigungen von den zuständigen Behörden erteilt worden.

Gegenstand des Deals ist die Gründung einer Joint Ventures zwischen RWE und Apollo (wir berichteten). Das Gemeinschaftsunternehmen hält jetzt die RWE-Beteiligung an Amprion. 25,1 Prozent beträgt der Anteil an dem Übertragungsnetzbetreiber.

Für die Beteiligung an dem Joint Venture hat die Investmentgesellschaft dem Vernehmen nach 3,2 Milliarden Euro an RWE gezahlt. Wie groß der Joint-Venture-Anteil in Prozent ist, den die US-Amerikaner dafür erhalten, dazu äußert sich RWE nicht.

RWE will das frische Kapital nach eigener Aussage in den kommenden zehn Jahren über das Gemeinschaftsunternehmen in das Netzausbauprogramm von Amprion investieren. Man behalte die operative Kontrolle über das Joint Venture und verwalte weiterhin die Beteiligung an dem Netzbetreiber, heißt es aus Essen. Die Beteiligung werde „volumänglich im Geschäftsabschluss von RWE konsolidiert“.

Laut Börsenzeitung soll der Finanzinvestor Apollo auch Interesse an einem Einstieg bei Tennet Deutschland gezeigt haben. Die niederländische Mutter des Übertragungsnetzbetreibers ließ im September durchblicken, dass sie Investoren mit 46 Prozent der deutschen Tochter beteiligen. Der Einstieg des niederländischen Rentenfonds APG, des norwegischen Staatsfonds Norges Bank Investment Management

(NBIM) und des singapurische Staatsfonds (GIC) soll insgesamt bis zu 9,5 Milliarden Euro in die Kasse bringen, hieß es. // VON MANFRED FISCHER

[^ Zum Inhalt](#)

Mitnetz bekommt viele Anfragen für Datacenter



Quelle: Katia Meyer-Tien

STROMNETZ. Schwarz Digits baut in Lübbenau ein großes Datacenter und lässt es an das Hochspannungsnetz von Mitnetz Strom anschließen. Das Unternehmen verzeichnet zunehmende Anfragen dieser Art.

Mitnetz Strom verzeichnet deutlich mehr Anfragen für den Anschluss großer Rechenzentren. Dies teilte der in Chemnitz ansässige Verteilnetzbetreiber der EnviaM-Gruppe am 27. November mit. Laut dem Unternehmen liegen derzeit rund neunzig Begehren mit einer Anschlussleistung von insgesamt 16.800 MW vor. Neun Projekte hätten insgesamt etwa 1.400 MW bereits verbindlich reserviert.

Besonders weit ist demnach ein Vorhaben in Lübbenau in Brandenburg. Dort entsteht das künftig größte Datacenter im Netzgebiet der Mitnetz Strom, das an das 110-kV-Hochspannungsnetz angeschlossen wird. Der Netzbetreiber beschreibt eine wachsende Nachfrage auf der Bezugsseite. Nach Jahren starken Ausbaus bei erneuerbaren Energien – darunter viele private Photovoltaik-Balkonanlagen – nähmen Projekte wie Datacenter und Batteriespeicher nun spürbar zu.

Viele dezentrale Erzeuger

Im Gebiet von Mitnetz Strom, das Teile Sachsens, Sachsen-Anhalts, Brandenburgs und Thüringens umfasst und rund 29.500 Quadratkilometer groß ist, speisen aktuell etwa 170.000 erneuerbare Kundenanlagen ein. Der Großteil entfällt auf rund 165.000 PV-Anlagen, darunter etwa 44.000 Balkonkraftwerke. Auf Abnehmerseite sind bisher drei kleinere Datacenter mit Anschlussleistungen zwischen 1 MW und 40 MW sowie rund 52.000 Batteriespeicher registriert.

Die Rolle Brandenburgs hebt Mitnetz Strom besonders hervor. Das Bundesland liege bei der Einspeisung vergüteter EEG-Mengen deutlich über dem bundesweiten Durchschnitt. Laut dem Unternehmen erreichte der Anteil des nach EEG vergüteten Stroms am Letztverbraucherabsatz 2024 rund 291 Prozent. Deutschlandweit seien es etwa 59 Prozent.

Stephan Lowis, Vorstand der EnviaM-Gruppe, bewertet diese Entwicklung als Chance für Ansiedlungen energieintensiver Projekte. Er sagt laut Mitnetz Strom, das Netz fungiere in Brandenburg bereits wie ein „grünes Kraftwerk“ und könne Ostdeutschland zu einem Treiber wirtschaftlicher Investitionen machen. Das neue Datacenter in Lübbenau wird von der Schwarz Digits KG, einem Unternehmen der Schwarz-Gruppe aus Neckarsulm, betrieben.

Regionale Wertschöpfung

Mit rund 11 Milliarden Euro bezeichnet Mitnetz Strom das Vorhaben als größte Einzelinvestition des Konzerns. Gleichzeitig handele es sich um den umfangreichsten Einzelanschluss, den der Verteilnetzbetreiber in den vergangenen Jahren umgesetzt habe. Die Realisierung des Netzanschlusses erfolgt nach Angaben des Unternehmens gemeinsam mit Siemens Energy. Der erste Spatenstich fand am 17. November statt, die Fertigstellung ist für Ende 2026 vorgesehen.

Geschäftsführer Lutz Eckenroth betont laut Unternehmen den Umfang der lokalen Bauleistungen. Dazu zählen Tiefbauarbeiten, das Verlegen von mehr als 3.000 Metern Kabel sowie der Bau von Kabelführungsportalen. Diese Arbeiten erfolgen nach Angaben von Mitnetz Strom in Zusammenarbeit mit regionalen Firmen. // VON SUSANNE HARMSEN

[^ Zum Inhalt](#)

Bayernwerk-Leitung hat nach 85 Jahren ausgedient



Quelle: Davina Spohn

STROMNETZ. Nach fast hundert Jahren als Teil des Verteilnetzes der Bayernwerk-Netzgesellschaft wird eine Hochspannungsleitung im oberbayerischen Neuötting ersetzt.

Laut einer Mitteilung der Bayernwerk Netz GmbH ist für eine bestehende 110-kV-Leitung im Stadtgebiet von Neuötting ein Ersatzneubau vorgesehen. Auf dem letzten Abschnitt zum Umspannwerk sollen sechs Strommäste standortgleich ersetzt werden. Die bestehende Leitung habe 85 Jahre lang gute Dienste geleistet, lässt sich Christian Stenzel, Projektleiter Genehmigungen bei dem Verteilnetzbetreiber, zitieren. Die zunehmende Einspeisung von grünem Strom und die zunehmende Stromnachfrage erforderten nun eine Modernisierung der Leitung.

Die Ertüchtigung eines Abschnitts sei mit dem standortgleichen Ersatz von elf Strommästen und der Bauteilverstärkung an sieben Masten bereits im laufenden Jahr abgeschlossen worden. Das Anzeigeverfahren dafür war durch die Bezirksregierung von Oberbayern im Juni 2024 genehmigt worden. Nach Bauarbeiten zwischen August 2024 und März 2025 ist der Abschnitt seit April dieses Jahres in Betrieb.

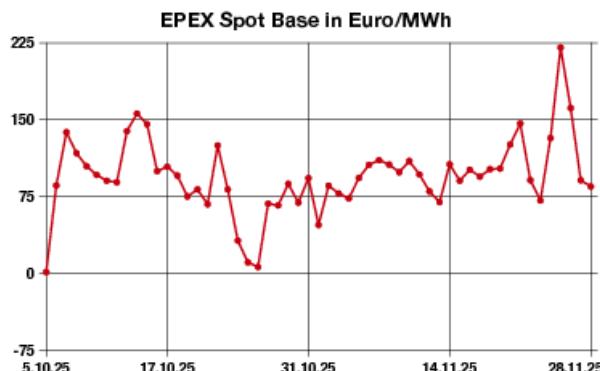
Im nun folgenden zweiten Abschnitt sollen sechs etwa 25 Meter hohe Gittermäste durch „etwas schlankere und geringfügig höhere Stahlvollwandmäste“ ersetzt werden, wie es in der Mitteilung heißt. Die Investitionskosten beziffert der Netzbetreiber mit 3,6 Millionen Euro.

Nach Angaben des Bayernwerks laufen die Vorbereitungen für das Genehmigungsverfahren des zweiten Bauabschnitts bereits seit 2024. Der Netzbetreiber plant, 2026 den Planfeststellungsantrag bei der Regierung in Oberbayern einzureichen. Der Baubeginn ist für das Jahr 2027 vorgesehen, die Inbetriebnahme für 2028. // VON FRITZ WILHELM

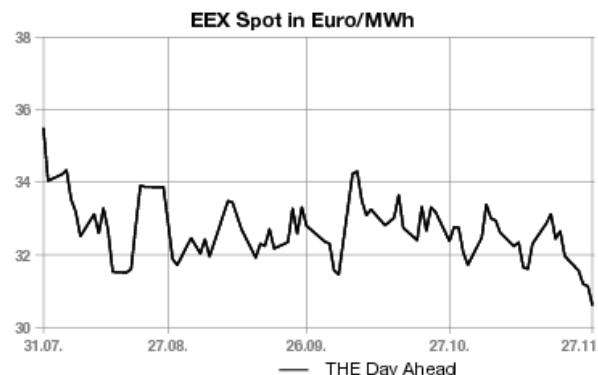
[^ Zum Inhalt](#)

MARKTBERICHTE

STROM



GAS



Schwache Gaspreise drück die Notierungen für Strom

MARKTKOMMENTAR. Wir geben Ihnen einen tagesaktuellen Überblick über die Preisentwicklungen am Strom-, CO2- und Gasmarkt.

Strom +++ Gas +++ CO2

Quelle: E&M

Der Preisrückgang bei Gas hat sich auch am Donnerstag fortgesetzt, wobei für das Frontjahr Notierungen unter 29 Euro je Megawattstunde anfielen. Maßgeblich hierfür war eine Fülle bearisher Faktoren, angefangen von der guten norwegischen Versorgung, der milden Witterung in Europa, der schwachen Nachfrage nach LNG durch asiatische Adressen bis zur Hoffnung auf wieder mehr Gasimporte aus Russland. Die schwachen Gaspreise drückten auch die Notierungen für Strom. CO2 hingegen kämpfte am Donnerstag bei massiven Umsätzen mit der Oberseite seiner bisherigen Range von 78 bis 82 Euro.

Strom: Leichter hat sich der deutsche OTC-Strommarkt am Donnerstag gezeigt. Der Day-ahead verlor 6,25 auf 85,25 Euro je Megawattstunde im Base, gewann jedoch 4,50 auf 100 Euro je Megawattstunde im Peak. An der Börse kostete der Day-ahead 85,05 Euro in der Grundlast und 99,76 Euro in der Spitzenlast. Ausschlaggebend für den Preisanstieg beim Day-ahead-Base ist das etwas höhere Aufkommen an grünem Strom. Die Einspeiseleistung der Erneuerbaren dürfte am Freitag mit 29.000 MW über dem Niveau vom Donnerstag verbleiben, für den Eurowind 27.300 MW vorhergesagt hat. Für Samstag und Sonntag erwarten die Meteorologen von Eurowind zwischen 25.000 und 26.000 MW. Auch für die Folgetage gehen die Wetterdienste von einem zumeist leicht überdurchschnittlichen Windaufkommen in Deutschland aus.

Am langen Ende verlor das Strom-Frontjahr vor dem Hintergrund der Abschläge bei Gas bis zum Nachmittag 0,84 auf 86,46 Euro je Megawattstunde.

CO2: Die CO2-Preise haben am Donnerstag zugelegt. Der Dec 25 gewann bis gegen 14.01 Uhr 0,27 Euro auf 81,95 Euro je Tonne. Umgesetzt wurden bis zu diesem Zeitpunkt kräftige 35,7 Millionen Zertifikate. Das Hoch lag bei 82,11 Euro, das Tief bei 81,01 Euro. Das Analysehaus Belektron hat die Marke von 82 Euro als beträchtlichen Widerstand für den Dec 25 ausgemacht. Allerdings fielen die Rückschläge bei Annäherung an dieses Hindernis von Mal zu Mal schwächer aus, so Belektron weiter. Der Markt scheine sich trotz der Aussichten auf mildereres Wetter auf ein Überschreiten der 82-Euro-Marke vorzubereiten. CO2 profitiert laut Belektron anders als Gas und Öl von den Aussichten auf ein Ende des Ukrainekriegs.

Erdgas: Leichter haben sich die europäischen Gaspreise am Berichtstag gezeigt, wobei nun auch die Marke von 29 Euro für den Frontmonat unterschritten wurde. Dieser verlor am niederländischen TTF bis gegen 14.03 Uhr 0,250 Euro auf 28,950 Euro je Megawattstunde. Am deutschen THE ging es um 0,450 Euro auf

30,725 Euro je Megawattstunde nach unten. Damit setzt Erdgas die Abwärtsbewegung der vergangenen Tage fort.

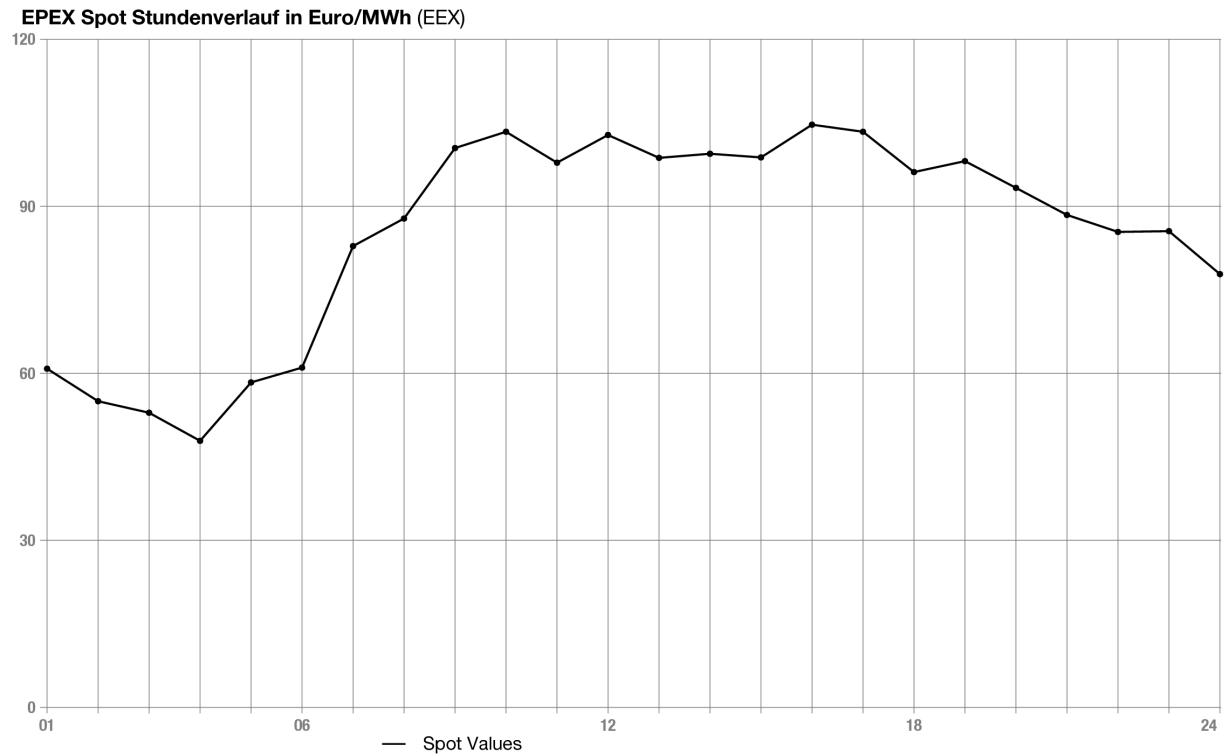
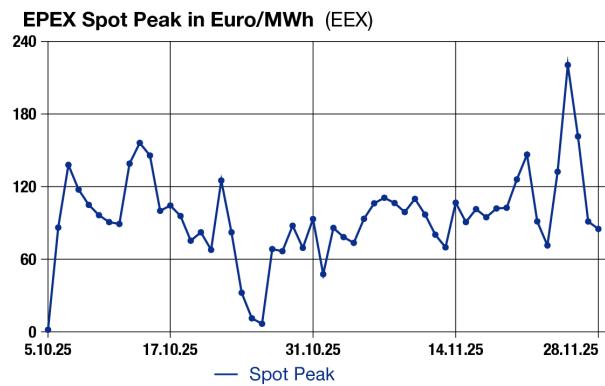
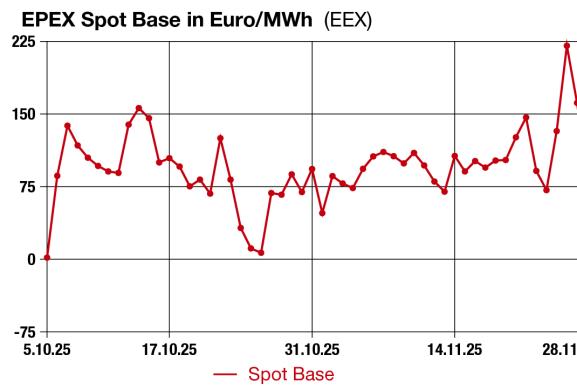
Der Markt wird wie Rohöl durch die Hoffnung auf ein Ende des Ukrainekriegs und von der guten Versorgungslage belastet. So haben die USA ihre LNG-Exporte in diesem Jahr massiv ausgeweitet und zuletzt zwei neue LNG-Export-Terminals in Betrieb genommen – Plaquemines und Corpus Christi. Ende August lag der Zuwachs zum Vorjahr laut Daten der Energy Information Agency (EIA) bei rund 20 Prozent. Für das Gesamtjahr rechnet die EIA sogar mit einem Plus von 25 Prozent bei den durchschnittlichen täglichen Exporten, was vor allem auf eine zu erwartende weitere starke Exportausweitung von Plaquemines im Schlussquartal dieses Jahres zurückzuführen ist. Laut Gassco beträgt der Zustrom von Pipelinegas aus Norwegen am Berichtstag zudem sehr gute 337,2 Millionen Kubikmeter.

// VON CLAUS-DETLEF GROSSMANN

[^ Zum Inhalt](#)

ENERGIEDATEN:

Strom Spotmarkt



Strom Terminmarkt

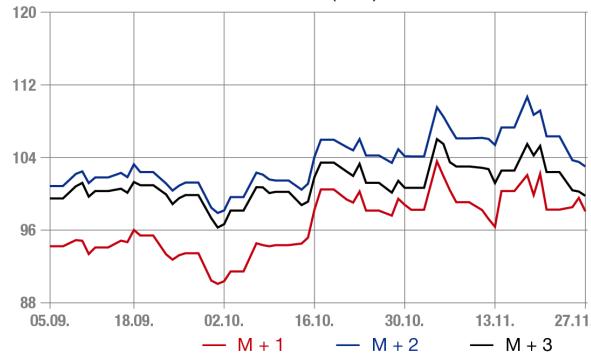
Terminmarktpreise Base in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	27.11.25	German Power Dez-2025	98,08
M2	27.11.25	German Power Jan-2026	103,01
M3	27.11.25	German Power Feb-2026	99,78
Q1	27.11.25	German Power Q1-2026	95,84
Q2	27.11.25	German Power Q2-2026	72,66
Q3	27.11.25	German Power Q3-2026	82,89
Y1	27.11.25	German Power Cal-2026	86,99
Y2	27.11.25	German Power Cal-2027	85,60
Y3	27.11.25	German Power Cal-2028	80,88

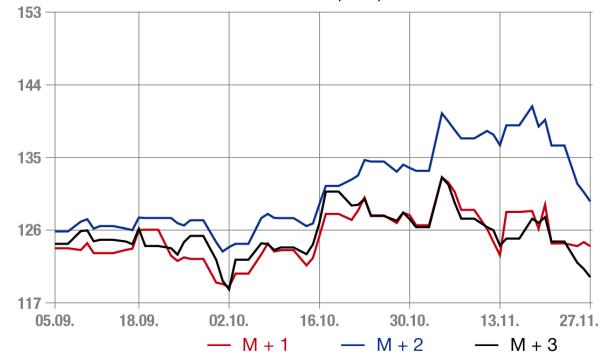
Terminmarktpreise Peak in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	27.11.25	German Power Dez-2025	124,01
M2	27.11.25	German Power Jan-2026	129,57
M3	27.11.25	German Power Feb-2026	120,19
Q1	27.11.25	German Power Q1-2026	113,03
Q2	27.11.25	German Power Q2-2026	52,66
Q3	27.11.25	German Power Q3-2026	74,66
Y1	27.11.25	German Power Cal-2026	90,99
Y2	27.11.25	German Power Cal-2027	90,87
Y3	27.11.25	German Power Cal-2028	86,51

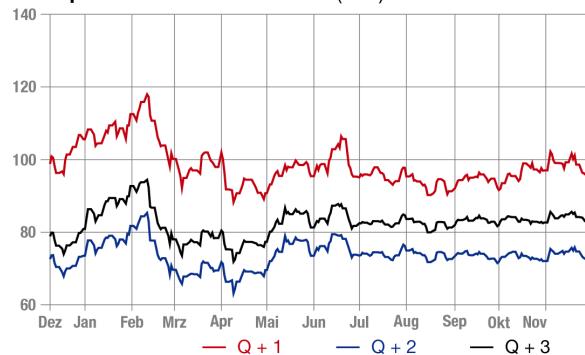
Frontmonate Base in Euro/MWh (EEX)



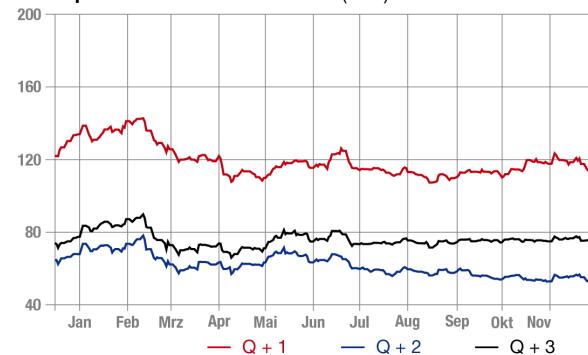
Frontmonate Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontquartale Base in Euro/MWh (EEX)



Frontquartale Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Base in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Peak in Euro/MWh (EEX)



Gas Spot- und Terminmarkt

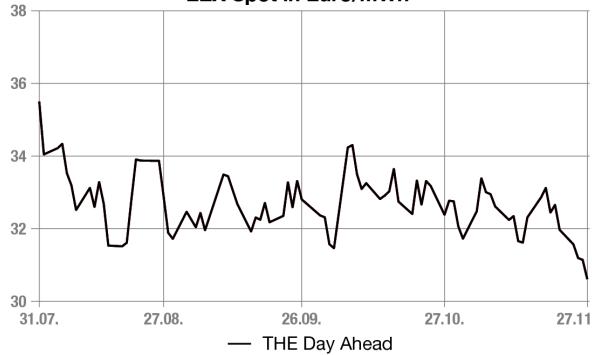
Terminmarktpreise THE in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	27.11.25	German THE Gas Dez-2025	30,55
M2	27.11.25	German THE Gas Jan-2026	30,77
Q1	27.11.25	German THE Gas Q1-2026	30,71
Q2	27.11.25	German THE Gas Q2-2026	29,26
S1	27.11.25	German THE Gas Win-2026	30,55
S2	27.11.25	German THE Gas Sum-2027	26,99
Y1	27.11.25	German THE Gas Cal-2026	29,86
Y2	27.11.25	German THE Gas Cal-2027	28,28

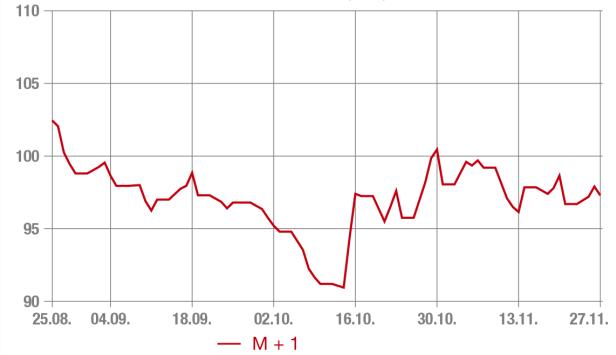
Strom, CO2, und Kohle

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
Germany Spot base	27.11.25	85,05	EUR/MWh
Germany Spot peak	27.11.25	85,05	EUR/MWh
EUA Dez 2025	27.11.25	82,21	EUR/tonne
Coal API2 Dez 2025	27.11.25	97,30	USD/tonne

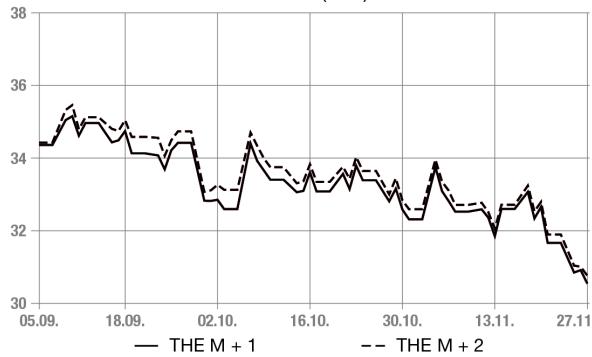
EEX Spot in Euro/MWh



Frontmonat Kohle API2 in USD/t (ICE)



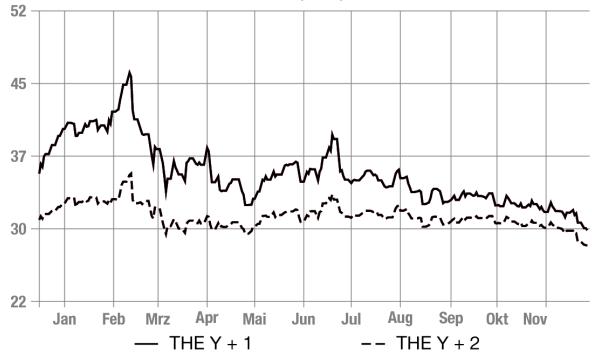
Frontmonate THE in Euro/MWh (EEX)



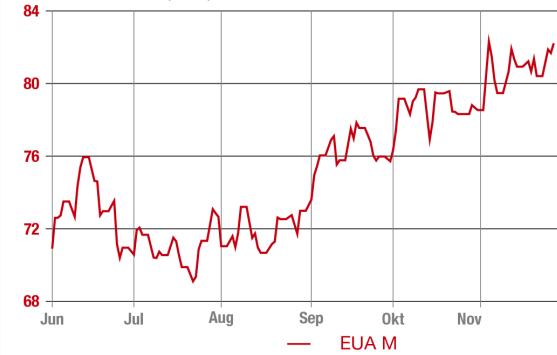
Gas und Öl

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
German THE Gas Day Ahead	27.11.25	30,61	EUR/MWh
German THE Gas Dez-2025	27.11.25	30,55	EUR/MWh
German THE Gas Cal-2026	27.11.25	29,86	EUR/MWh
Crude Oil Brent Jan-2026	27.11.25	63,34	USD/tonne

Frontjahre THE in Euro/MWh (EEX)



EUA in Euro/t (EEX)



E&M STELLENANZEIGEN



Professur W 2 Experimentelle Strömungsmechanik

An der Ostbayerischen Technischen Hochschule Amberg-Weiden ist die Professur W 2 Experimentelle...
in Amberg

20.11.2025

- Festanstellung



Bereichsleitung Vertrieb

Gesucht wird ein erfahrener Sales Manager, der die neu geschaffene Position Bereichsleitung Vertrieb ...
in Dahlenburg

07.11.2025

- Bereichs-/Hauptabteilungsleitung
- Festanstellung
- Betr. Altersvorsorge / Firmenwagen /
Flexible Arbeitszeit



Projektmanager Energiewirtschaft (m/w/d) in Vollzeit

Wir bei wpd entwickeln und betreiben Onshore-Wind- und Solarparks erfolgreich seit fast 30 Jahren un...
in Potsdam

vor 1 h

- Freie Mitarbeit



Projektplaner (m/w/d) Windenergie Vollzeit

Wir bei wpd entwickeln und betreiben Onshore-Wind- und Solarparks erfolgreich seit fast 30 Jahren un...
in Potsdam

vor 1 h

- Freie Mitarbeit



Projektmanager (m/w/d) Windenergie & Erneuerbare Energie

Für die Energiewende in Deutschland und weltweit. erfahrener Projektleiter Genehmigungsverfahren (...
in Bremen

vor 1 h

- Projektleitung
- Freie Mitarbeit

WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT

IHRE E&M REDAKTION:

Stefan Sagmeister (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)

Schwerpunkte: Energiehandel, Finanzierung, Consulting



Davina Spohn (Büro Herrsching)

Schwerpunkte: IT, Solar, Elektromobilität



Günter Drewnitzky (Büro Herrsching)

Schwerpunkte: Erdgas, Biogas, Stadtwerke



Susanne Harmsen (Büro Berlin)

Schwerpunkte: Energiepolitik, Regulierung



Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärnter**

Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**

Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**

Korrespondenten-Kontakt: **Atousa Sendner**



Fritz Wilhelm (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)

Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung



Georg Eble (Büro Herrsching)

Schwerpunkte: Windkraft, Vermarktung von EE



Heidi Roider (Büro Herrsching)

Schwerpunkte: KWK, Geothermie



Katia Meyer-Tien (Büro Herrsching)

Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke



Darüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten die E&M Redaktion.

Vielen Dank dafür!

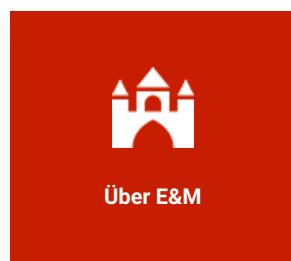
Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und Daten von MBI Infosource.

Ständige freie Mitarbeiter:

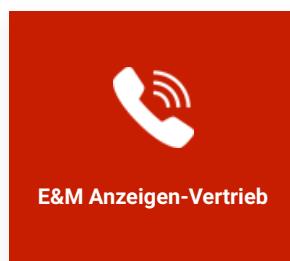
Volker Stephan

Manfred Fischer

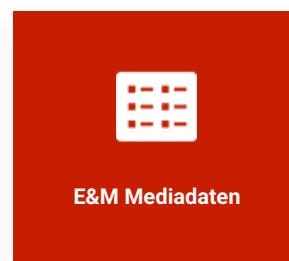
Mitarbeiter-Kontakt: **Atousa Sendner**



Über E&M



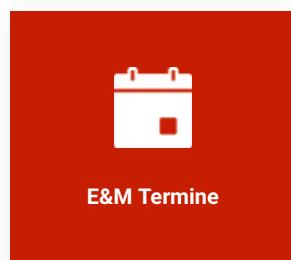
E&M Anzeigen-Vertrieb



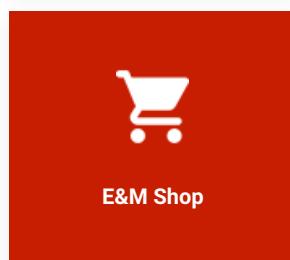
E&M Mediadaten



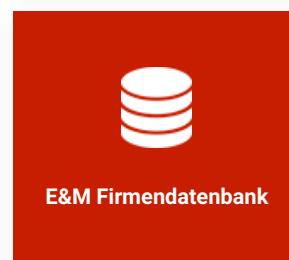
E&M Zeitung



E&M Termine



E&M Shop



E&M Firmendatenbank



E&M Glossar

IMPRESSUM

Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH
Schloß Mühlfeld 20 - D-82211 Herrsching
Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22
info@emvg.de - www.energie-und-management.de

Geschäftsführer: Martin Brückner
Registergericht: Amtsgericht München
Registernummer: HRB 105 345
Steuer-Nr.: 117 125 51226
Umsatzsteuer-ID-Nr.: DE 162 448 530

Wichtiger Hinweis: Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zu widerhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2025 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

Folgen Sie E&M auf:

